



Verein

Schutzgemeinschaft

zur Verminderung schädlicher Auswirkungen
des Innsbrucker Flughafens

Nr. 21

Information 1/1994

Jänner – März

Wird der Flughafen für die NATO ausgebaut?

Einem ernstzunehmenden Hinweis zufolge soll der Flughafen für die NATO ausgebaut werden. Wir erinnern an unser Mitteilungsblatt 1/1993, in dem wir darauf hingewiesen haben, daß die EG die Oberhoheit über den Luftverkehr haben will und der Ausbau der Flughäfen einschließlich Navigationshilfen vorangetrieben wird. Der Ausbau des Innsbrucker Flughafens schreitet fort und dies im Einvernehmen mit den Stadt-, Landes- und Bundespolitikern.

Fragebogenaktion zur künftigen Entwicklung des Innsbrucker Flughafens

Mittels Fragebogen (samt Begleitschreiben und Information) wurden Ende Jänner 55 Landtagskandidaten ersucht, zur künftigen Entwicklung des Innsbrucker Flughafens Stellung zu nehmen. Bei diesen Fragen handelte es sich um längst bekannte Themen, wie weiterer Flughafenausbau, Errichtung des Pistenvorfeldes durch Innverlegung, Rücknahme der Betriebszeit, Einschränkung des Sportflugverkehrs, Errichtung weiterer Lärmmeßpunkte, Triebwerksprüfstand, Aussiedelung des Schulungsbetriebs (wird von der ÖVP in Salzburg angestrebt) sowie Einhaltung der Spitzen- und Dauerschallpegel nach ÖAL-Richtlinien und Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation.

Mit entsprechendem Engagement der Volksvertreter hätten diese Probleme längst im Sinne der Bürger gelöst werden können. Die regierenden Parteien haben jedoch die genannten anstehenden Probleme nicht einmal ansatzweise in Angriff genommen. Statt dessen wurden alle Anträge der Grünen abgeschmettert. Wir haben diesen Fragebogen vor der Wahl ausgeschickt, weil wir aus Erfahrung wissen, daß sich nach den Wahlen kaum noch ein Politiker für die Belange der Bürger interessiert. Es handelt sich um Grundsatzfragen, die jeder Politiker klar beantworten können muß. Selbstverständlich sind weitere Detailgespräche auf politischer Ebene notwendig.

Landeshauptmann Dr. Weingartner hat uns auf unsere mehrmaligen Schreiben eine erste Antwort geschickt. Den erbetenen Gesprächstermin haben wir noch nicht. Bei seiner Antrittsrede am 24. 9. 1993 sagte Dr. Weingartner: "Die Zeit des Wachstums ist vorbei." Derartiges konnten wir jedoch aus seinem Brief nicht entnehmen.

ÖVP und SPÖ haben - bis auf eine einzige Ausnahme - den Fragebogen "gemeinsam" nicht beantwortet. Ähnlich wie uns erging es auch anderen Umwelt-Initiativen und Vereinen, die sich ebenfalls mit Fragen an die Landtagskandidaten gewandt haben. So sieht die vielgepriesene Bürgernähe aus! Der Flughafen ist ja nur ein Beispiel dafür, wie die Dinge in unserem Land laufen.

**Wir
TIROLER**

WAR N U N G !

wählen keine Politiker. die auf Fragen keine Antwort wissen!

Wie sich die Bilder gleichen

Statt der ÖVP-Landtagskandidaten hat der ÖVP-Landtagsklub am ersten Februar 1994 auf unseren Fragebogen mit einer Stimme geantwortet. Maulkorberlaß?

Bezugnehmend auf Ihren Fragebogen vom 22. Jänner 1994 erlauben wir uns Ihnen mitzuteilen, daß die von Ihnen angesprochenen Landespolitiker der Tiroler Volkspartei selbstverständlich gerne bereit sind, in öffentlichen Diskussionen ihren Standpunkt zur Frage der künftigen Entwicklung des Innsbrucker Flughafens darzulegen. Die Beantwortung eines Fragebogens mit ja oder nein scheint uns hingegen insbesondere im Hinblick auf die Komplexität dieses für die betroffene Bevölkerung sensiblen Bereiches weniger zielführend.

Der "Tiroler" Hans Tanzer bekennt sich offensichtlich zur "Wahlverwandtschaft" mit der ÖVP und antwortete am 31.1.1994 mit gleicher Stimme wie die ÖVP:

... die ... die ... Zeit vor ... Landtags ... am 13. März dieses ...
dazu benützt werden, um mit Fragebogen-Aktionen alle Mandatäre und politischen Funktionsträger mit deren Beantwortung "festzunageln". Da jedoch gerade das Thema des Flughafens Innsbruck ein derart komplexes und sensibles ist und darüber hinaus die Zuständigkeitsbereiche von Bund, Land Tirol und Stadtgemeinde Innsbruck berührt werden, lassen sich die im genannten Fragebogen angesprochenen Probleme und Fragen nicht einfach jeweils mit "Ja" oder "Nein" beantworten. Vielmehr ist jede Frage in Zusammenhang mit der Gesamtsituation zu sehen und daher auch nur zusammenschauend als solche beantwortbar.

Es war ebenfalls die erste Antwort von Landeshauptmann-Stellvertreter Tanzer, alle bisherigen Briefe blieben auch von ihm unbeantwortet, obwohl er nach der Geschäftsordnung der zuständige Referent für Flugverkehr ist!

Aus den eingelangten Schreiben von ÖVP und SPÖ ist eindeutig zu entnehmen, daß Problemlösungen nicht in Sicht sind. Diese Parteien werden weiterhin die Interessen des Geldes und der Fliegerlobby vertreten. Das Verhalten der beiden Großparteien könnte teilweise aber auch tatsächlich mit den Nato-Plänen im Zusammenhang stehen. Auch darauf wollen wir eine Antwort von den Politikern!

Wer hat den Fragebogen beantwortet?

Für SPÖ-Landesrat Dr. Henzl war der gesundheitliche Aspekt maßgeblich. Für ihn hat der Schutz der Bürger Vorrang.

FPÖ-Verkehrersprecher Dr. Wendling spricht sich für einen internationalen Flughafen und gegen eine Rücknahme der Betriebszeit aus, ist jedoch vehement gegen eine Innverlegung und für die Einschränkung des Sportflugverkehrs.

Von den weiteren acht angeschriebenen Kandidaten der FPÖ, insbesondere auch von Umwelt-Landesrat Dr. Lugger, vermissen wir eine Antwort.

Tirol den Tirolern! Hinaus mit allen anderen Krachmachern! Oder sollte dieser Slogan für den Flughafen vielleicht nicht gelten??

Die Abgeordneten der GAT (Grüne Alternative Tirol) haben ihre schon bisher vertretene Meinung bekräftigt und unterstützen unsere moderaten Forderungen in vollem Ausmaß. Unseren Fragebogen haben beantwortet: Landtagsabgeordnete Dr. Lichtenberger, Gemeinderat Willi und Landtagsabgeordneter Kluq. Dieser merkte an: "Ich habe bereits zahlreiche Anträge in die Richtung eines anwohnerfreundlichen Flughafens eingebracht. Leider wurden diese Anträge von ÖVP, SPÖ und FPÖ im Landtag ignoriert und nicht einmal zur Behandlung zugelassen bzw. wurden abgelehnt." Herr Schneider von der GAT hat zwar den Fragebogen nicht ausgefüllt, aber in seinem Brief bekräftigt, daß der Mensch Vorrang haben muß! Zwei weitere Grün-Kandidaten haben sich nicht geäußert.

Das "Liberale Forum" und die "Unabhängigen Tiroler" haben uns keiner Antwort gewürdigt.

Derzeit: Nein zu einem EU(EG)-Beitritt

Unsere Bundesregierung ist mit Volldampf dabei, uns schnellstens ohne "Wenn und Aber" in die EU zu führen. Diese Eile mutet umso seltsamer an, da dieser "Verein" bereits erste Auflösungsstendenzen zeigt. Die Eile der Bundespolitiker könnte Österreich zum Verhängnis werden. Es ist nicht Aufgabe der Schutzgemeinschaft, allgemein über Vor- und Nachteile eines EU-Beitritts zu informieren. Wir wollen uns auf den Flugverkehr und im besonderen auf den Innsbrucker Flughafen beschränken.

Warum sind wir derzeit gegen einen EU-Beitritt?

1. Wir haben noch immer kein Schriftstück (Vertrag) in Händen, das auch künftig das Verbot von Chapter-II-Flugzeugen garantiert. Zeitungsmeldungen sind für uns nicht relevant.

2. Der Schutz der Bürger ist durch das Luftfahrtgesetz nicht gewährleistet! Es fehlt die Verankerung der Bürgerrechte. Parteienstellung bei Verfahren ist unerlässlich! Herabsetzung der Lärmgrenzwerte für Sportflugzeuge. Verpflichtung der Flughäfen zur Errichtung eines flächendeckenden Lärm-Meßsystems. Beschränkung von Flugbewegungen und Betriebszeiten und ähnliche Maßnahmen zum Schutze der Bürger auf Grund des zu erwartenden enormen Wachstums im Flugverkehr.

3. Ein EU-Beitritt bedeutet den Verzicht auf Neutralität und den Beitritt zum Europäischen Sicherheitsbündnis oder zur NATO. Wollen wir in Innsbruck auch NATO-Flugzeuge? Welche Stellung wird der Innsbrucker Flughafen im Europäischen Sicherheitsbündnis oder in der Nato einnehmen? Im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung sind Flughäfen ein bevorzugtes Angriffsziel. Was passiert dann mit den Bewohnern von Innsbruck und Umgebung? Viele Innsbrucker wissen noch aus leidvoller Erfahrung, was das bedeutet.

Nur verantwortungslose und EG-hörige Politiker können für einen weiteren Flughafenausbau eintreten!

Derzeit ist die Sicherheit Österreichs in einem noch äußerst fragwürdigen europäischen Sicherheitsbündnis nicht gewährleistet. Vor einem nicht mehr rückgängig zu machenden EU-Beitritt - es gibt keine Austrittsklausel! - muß insgesamt noch vieles abgeklärt und verhandelt werden. Daher:

Derzeit NEIN zu einem EU(EG)-Beitritt!

Fluglärmgesetz in Ausarbeitung

Österreich soll nun als "Nachzügler der westlichen Welt" (Kurier) ein Fluglärmgesetz bekommen. Wesentlicher Inhalt ist - aufgrund des zu erwartenden drastischen Anstiegs des Flugverkehrs - die Bezahlung von Lärmschutzfenstern, allenfalls auch Absiedelung durch die Flughafenbetreiber. In einigen Fällen mag dies gut sein, ist jedoch als Lösung des Gesamtproblems abzulehnen. Primär gehören die Ursachen eliminiert und nicht die Folgen bekämpft. Die Bürgerrechte müssen endlich verankert werden, Parteienstellung wird kompromißlos gefordert. Wir wollen nicht nur hinter Lärmschutzfenstern leben, aufgrund des knappen Baulandes können wir uns den Luxus einer Absiedelung nicht leisten. Das Ziel einer vernünftigen Verkehrspolitik muß der Schutz unseres immer spärlicher werdenden Lebensraumes sein. Dies wurde bereits in der vor kurzem erlassenen Novelle zum Luftfahrtgesetz von Verkehrsminister Klima ignoriert.

Privatisierung des Bundesamtes für Zivilluftfahrt.

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt hat allein im Jahre 1992 den Steuerzahler 360 Millionen Schilling gekostet. Die nun eingeleitete Privatisierung mit Gründung der Austro-Control-GesmbH ist ein erster Schritt in Richtung Kostenwahrheit für den Flugverkehr. Kritik der Bürgerinitiativen war, daß Flughäfen 49 Prozent Anteile an der Austro-Control erwerben können. Wir haben den Entwurf für das Bundesgesetz dazu studiert. Bei einem Vergleich mit dem am 28.12.1993 im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Gesetz mußte festgestellt werden, daß der Passus, der den angrenzenden Gemeinden eine Parteistellung zuerkannt hätte, gestrichen worden ist. Mit dieser Streichung hat der "rote" Verkehrsminister Klima die Macht der Fliegerlobby erneut einzementiert. Die Rechte der Gemeinden und Bürger werden weiterhin mit Füßen getreten. Zehntausende Flughafenanrainer in Österreich wissen nun wieder einmal mehr, was "sozial-demokratisch" bedeutet.



Tyrolean Airways fordern von den Innsbruckern 7 Millionen!

Das von den Politikern gehätschelte und hochgepöpelte Kind "Tyrolean Airways" wird immer dreister. Es fordert von der Stadt (= Innsbrucker Steuerzahler bzw. Wasser-Konsument) eine Rückerstattung der Mehrkosten, die beim Bau des Werfthangars und des Triebwerks-Prüfstandes für den Schutz des Trinkwassers im Flughafenareal aufgelaufen sind. Die Forderungen lauten exakt:

Leistungsbegehren:	öS 6.939.624
Feststellungsbegehren:	öS 100.000
<hr/>	
Gesamtstreitwert:	öS 7.039.624
zuzüglich Rechtsanwaltskosten einer Wiener Rechtsanwaltskanzlei.	

Bereits in unserem ersten Mitteilungsblatt 1/1989 haben wir darauf hingewiesen, daß die Errichtung des Werft-Hangars und des Triebwerksprüfstandes die Innsbrucker Millionen kosten wird - entweder in Form einer höheren Wassergebühr oder durch den Griff in den Steuersäckel der Stadt. Trotzdem haben die Stadt- und Landes-Politiker der Errichtung zugestimmt! Und wer benutzt die Fluglinie am häufigsten? Tyrolean-Direktor Fritz Feitl hat die Benutzer der Häufigkeit entsprechend aufgelistet: Politik, gefolgt von Kammern, Wirtschaft und Fremdenverkehr.



Am Wahltag haben Sie, sehr geschätzte Leser, die Möglichkeit, diesen Politikern Ihre Rechnung zu präsentieren!!



Das Nachtflugverbot in Innsbruck bleibt

Direktor Jilg: Wir dehnen Betriebszeiten nicht aus!

Proteste hagelt es derzeit wieder gegen den Innsbrucker Flughafen und seinen lärmenden Betrieb. Flughafengegner und Anrainer befürchten, daß die Ausweitung der Nachtbefeuerung, also eine zusätzliche Beleuchtung der Anflugschneise, zu einer Aufhebung des bestehenden Nachtflugverbotes führen könnte. Eine Ansicht, die auch die Klubobfrau der Grünen, Eva Lichtenberger, teilt: „Wenn die Nachtbefeuerung kommt, fällt das nächtliche Flugverbot.“

Dazu ein empörter Flughafendirektor Hans Jilg: „Das ist doch Blödsinn. Wir wollen nur aus Sicherheitsgründen die Blitzketten in der Stadt

verdichten. In Flughafennähe werden im 100-Meter-Abstand zusätzlich Lampen montiert. Weiter in der Stadt drinnen im 300-Meter-Abstand.“ Laut Jilg hat diese Verdichtung mit dem Nachtflugverbot überhaupt nichts zu tun. Es bestehe von seiten der Flughafendirektion keine Absicht, die Betriebszeiten auszudehnen. Derzeit dürfen die Tyrolean Airways bis 23 Uhr am Innsbrucker Flughafen starten und landen. Das soll sich auch in Zukunft nicht ändern. Jilg äußerte in diesem Zusammenhang scharfe Kritik: „Diese Diskussion ist müßig. Die Flughafengegner verdrehen die Tatsachen und argumentieren unsachlich.“ K. K.

Jets von 6 bis 23 Uhr!

Die ursprüngliche Betriebszeit am Innsbrucker Flughafen war 7:30 bis 20:00 Uhr. Seit Jahren stellt Flughafendirektor Jilg Anträge zur schrittweisen Ausdehnung der Betriebszeiten. Entgegen aller anderslautenden Politikerversprechungen wurde auch sein Antrag auf Ausdehnung der Betriebszeiten für Strahlflugzeuge (Jets) von 6 bis 23 Uhr von ÖVP, SPÖ und FPÖ genehmigt! Damit ist dem vermehrten Nachtflug Tür und Tor geöffnet. Schon jetzt sind Landungen von Tyrolean-Maschinen bis 1:22 Uhr behördlich registriert. Flughafendirektor Jilg gibt an, Tyrolean Airways dürfen bis 23 Uhr starten und landen. Starten dürfen sie jedoch nur bis 22 Uhr. Kennt Flughafendirektor Jilg die Betriebszeiten nicht? Von Mai bis September 1993 wurden diese 161mal überschritten. Die derzeitigen Privilegien für Tyrolean Airways sind rechtlich nicht haltbar. Auch andere Fluggesellschaften könnten die gleichen Betriebszeiten beanspruchen. Wenn kein Umdenken erfolgt, dürften den Innsbruckern spätestens nach einem EU-Beitritt Augen und Ohren aufgehen. Daher: Rücknahme der Betriebszeit ist unerlässlich!

◀ KURIER, 15.2.1994

Wir lassen nicht locker!

Resignieren Sie nicht! Auch wenn Sie längst glauben, daß aller Protest nichts nützt und "die" sowieso mit uns machen was sie wollen! Wehren Sie sich mit uns und schließen Sie sich in Ihrem eigenen Interesse unserer Schutzgemeinschaft an. Gemeinsam sind wir stark! Wir sind ein überparteilicher, eingetragener Verein.

*Mitgliedsbeitrag pro Person und Jahr: öS 50, für Familienangehörige öS 20.
Bankverbindung: Konto 66810-063-492 bei der BAWAG, BLZ 14000. Einen Zahlschein können Sie auch unter Tel. 81 27 14 oder 27 67 83 anfordern.*